

**Autor:** Timot Szent-Ivanyi  
**Seite:** 9  
**Rubrik:** WIR  
**Seitentitel:** V1,V2  
**Gattung:** Tageszeitung

**Jahrgang:** 2014  
**Nummer:** 0  
**Auflage:** 140.579 (gedruckt) 120.912 (verkauft)  
122.212 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,43 (in Mio.)

# Pharmafirmen versprechen, ehrlicher zu sein

## Zahlungen an Ärzte sollen offen gelegt werden

### VON TIMOT SZENT-IVANYI

Die Pharmaunternehmen sprechen von einem Meilenstein, die Kritiker jedoch von einem Rückschritt im Kampf gegen Korruption: Das Bundeskartellamt hat dem sogenannten Transparenzkodex der forschenden Pharmahersteller zugestimmt. Darin verpflichten sich die Firmen, künftig ihre Zuwendungen an Ärzte und andere Gesundheitsberufe offenzulegen. "Für Industrie und Ärzteschaft geht es gleichermaßen darum, Glaubwürdigkeit, Akzeptanz und Vertrauen gegenüber Patienten zu sichern und dem langen Schatten alter Vorurteile und neuer Missverständnisse zu entkommen", erklärte die Verbandshauptgeschäftsführerin Birgit Fischer.

### **Ablenkung der Industrie**

Die Selbstverpflichtung soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Geplant ist,

dass alle direkten und indirekten Zuwendungen an die Ärzte und deren Organisationen erfasst und veröffentlicht werden. Dazu zählen nach Angaben des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller (VFA) Honorare für Vorträge und Beratungen, die Übernahme von Teilnahmegebühren an Fortbildungsveranstaltungen sowie die Erstattung von Reise- und Übernachtungskosten. Der Veröffentlichung muss allerdings der betroffene Arzt zustimmen. Eine ein Mal gegebene Zustimmung kann zudem jederzeit vom Mediziner widerrufen werden.

Die Ärzte-Initiative Mezis ("Mein Essen zahl ich selbst") betrachtet diese Selbstverpflichtung lediglich als Ablenkungsmanöver der Industrie. "Die Pharmaunternehmen wollen auf diese Weise verhindern, dass per Gesetz gegen Korruption im Gesundheitswesen vorgegangen wird", sagte Mezis-Geschäftsführerin Christiane Fischer der Berliner Zeitung. Die Branche wolle den Eindruck erwecken, dass ein Eingreifen des Gesetzgebers überflüssig sei. Die Selbstverpflichtung sei jedoch freiwillig und müsse nicht eingehalten werden. Sie ersetze kein Gesetz. Außerdem fließe Geld häufig auf subtile Art von den Herstellern an die Ärzte, beispielsweise über sogenannte Anwendungsbeobachtungen oder Fortbildungsveranstaltungen. "Die große Koalition muss an ihren Plänen für ein Anti-Korruptionsgesetz festhalten und sie so schnell wie möglich umsetzen", forderte Fischer.

**Wörter:** 259  
**Urheberinformation:** (c) M.DuMont Schauberg